

Entschließungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu der dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung
– Drucksachen 17/1720, 17/1803, 17/2472 –

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der geänderten Bankenrichtlinie und der geänderten Kapitaladäquanzrichtlinie

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag unterstützt die Bundesregierung in ihrem Bemühen, sich auf EU-Ebene für die Einführung einer Finanzumsatzsteuer einzusetzen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, einen Zeitplan vorzulegen und so deutlich zu machen, bis wann sie das Ziel einer fairen Besteuerung von Transaktionen auf den Finanzmärkten erreichen will.

Berlin, den 6. Juli 2010

Renate Künast, Jürgen Trittin und Fraktion

Begründung

Nachdem der Versuch der Bundesregierung beim G20-Gipfel im kanadischen Toronto gescheitert ist, eine international gültige Finanztransaktionssteuer durchzusetzen, muss die Europäische Union nun entschlossen voran gehen. Deutschland als größte Volkswirtschaft der EU hat hier besonderes Gewicht und große Verantwortung. Deswegen ist es nun an der Bundesregierung, in Absprache mit den europäischen Partnern ein Konzept zur Einführung einer Finanzumsatzsteuer auf EU-Ebene vorzulegen.